



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leser,

der diesjährige Landestag der Frauen Union Rheinland-Pfalz hat mich in das schöne Eifelstädtchen Darscheid verschlagen. Auf der Tagesordnung stand wahrlich kein schönes Thema: **Menschenhandel und Zwangsprostitution**. Nach der Eröffnung und Begrüßung durch die Landesvorsitzende der Frauen Union, Birgit Collin-Langen, wurde in einer Podiumsdiskussion mit Fachleuten wie Annegret Kramp-Karrenbauer, Ministerpräsidentin des Saarlandes, SR. Dr. Lea Ackermann, Vorsitzende des Vereins SOLWODI (Abkürzung von „Solidarity with Women in Distress“ – Solidarität mit Frauen in Not) und Rudolf Berg, Leiter der Kriminaldirektion Trier, über die Probleme von Prostitution und Zwangsprostitution gesprochen.

Gegenstand der Diskussion war auch das 2002 liberalisierte Prostitutionsgesetz, das nach Meinung von Frau Kramp-Karrenbauer gescheitert ist. Die Ministerin des Saarlandes setzt sich vehement für die Änderung des Gesetzes ein. Derzeit blockieren die rot-grünen Landesregierungen eine Änderung des Gesetzes sowohl im Bundestag, als auch im Bundesrat. So ist z.B. die Freierbestrafung im Koalitionsvertrag mit aufgenommen, bisher aber noch nicht umgesetzt!

SOLWODI kritisiert seit mehr als einem Jahrzehnt die liberale Prostitutionsgesetzgebung in Deutschland und macht auf die verheerenden Folgen – Ausweitung des Marktes, Zunahme menschenunwürdiger Angebote sowie Zwangsprostitution und Menschenhandel – aufmerksam. Aus diesem Grund startete der Verein im September 2013 die bundesweite Kampagne "Mach den Schluss-STRICH! Keine Frauensklaverei in Deutschland!", die bislang von rund 22.000 Personen unterzeichnet wurde. Mehrere Monate lang bemühte sich SOLWODI, bei Bundesministerin Schwesig einen Termin zur Übergabe der Unterschriften zu erhalten. Dieses Anliegen wurde mehrere Male abgewiesen.

Kurzerhand haben Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer und ich eine Unterschriftenliste von Mitgliedern der rheinland-pfälzischen Frauenunion mit nach Berlin genommen und der Vorsitzenden der Gruppe der Frauen, Karin Maag MdB, überreicht, um damit die Forderungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Novellierung des Prostitutionsgesetzes zu unterstützen.

Sr. Dr. Lea Ackermann beklagte auch, dass nach derzeitigem Verhandlungsstand für einen neuen Gesetzentwurf besonders wichtige Punkte wie die Anhebung der Altersgrenze auf 21 Jahre oder verpflichtende Gesundheitsuntersuchungen noch nicht von beiden Koalitionspartnern befürwortet werden.

Die Frauen Union Rheinland-Pfalz fordert deshalb:

- Gesundheitsschutz für die Frauen
- Kondompflicht (Schutz vor ungewollter Schwangerschaft und ansteckenden Krankheiten)
- Freierbestrafung
- Erlaubnispflicht für Bordelle

Zu guter Letzt wurde der Landesvorstand neu gewählt. Ich freue mich, dass ich in den nächsten zwei Jahren als Beisitzerin mitwirken und die neue und alte Landesvorsitzende der Frauen Union Rheinland-Pfalz, Birgit Collin-Langen und deren Stellvertreterinnen Gabi Franzen und Sieglinde Schmitz unterstützen kann.

Herzlichst

Ihre Ursula Groden-Kranich